lativ. Ich bin gespannt, ob das in der Wirkung der Medien ähnlich ist, dazu wird uns jetzt Frau Spittmann vortragen. Bitteschön.

Ilse Spittmann-Rühle: Danke. Zu meinem Thema haben schon Frau Dr. Köhler und Herr Thomas sehr viel gesagt. Außerdem hatten Sie hier schon eine Anhörung über die Pressepolitik der DDR und Grundsätze der Pressepolitik, Zensur, Reglementierung und auch den Stasieinfluß. Das werde ich jetzt weitgehend vernachlässigen. Ich hoffe, daß es mir gelingt, Sie nicht mit Wiederholungen zu langweilen. Zu Anfang möchte ich etwas darüber sagen, wie in der DDR und in der Bundesrepublik man überhaupt an Medien der anderen Seite kommen konnte. Ganz am Anfang bis 1948 konnte man in allen vier Besatzungszonen die von den einzelnen Besatzungsmächten zensierten Zeitungen und Zeitschriften überall kaufen. Die sowjetische Militäradministration hat dann den öffentlichen Vertrieb der westlichen Presse für die Sowjetzone und Berlin im April 1948 verboten. Die DDR-Regierung hat das später übernommen. Einen öffentlichen Verkauf von westlichen Presseorganen gab es seitdem nicht mehr, bis zum Schluß. Westliche Periodika konnte man nur abonnieren, wenn sie auf einer vom Presseamt des Ministerrates zu genehmigenden Postzeitungsliste standen. Das waren nur wenige Titel, meistens Fachorgane, und jedes Abonnement mußte vom Politbüro und vom ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda genehmigt werden. Das galt selbst für Minister, Staatssekretäre, Blockparteien, prominente Politiker und Schriftsteller. Gunter Holzweißig gibt darüber in seinem Buch über die Pressepolitik der DDR eine ganze Reihe von Beispielen aus den Akten, die zum Teil sehr erstaunlich sind. Zum Beispiel enthält die Liste der Empfänger des „Spiegel“ von 1975 62 Institutionen und 10 Einzelpersonen, wobei die Einzelpersonen ganz offensichtlich durch irgendwelche Beziehungen dazu gekommen sind, da ist überhaupt kein System zu entdecken. Da sind also z. B. die Anneli Thorndike, Anna Seghers, Hermann Kant, der mußte es aber bezahlen. Die meisten Institutionen haben 1 Exemplar bekommen, z. B. auch das Presseamt und der Journalistenverband, das ZK der SED erhielt 32, der Zeitungsausschnittdienst 24 und das Ministerium für Nationale Verteidigung 10 Exemplare. Ansonsten waren es immer maximal 2 Exemplare, und das waren alles staatlich bezahlte Abonnements bis auf zwei – ich weiß jetzt den Zweiten nicht, Hermann Kant und noch jemand, die haben es bezahlt aus eigenen Devisenerlösen, der andere muß auch ein Schriftsteller gewesen sein. Bis zur Mauer konnte man westliche Druckerzeugnisse als Ostberliner und DDR-Bürger in Westberlin einkaufen, aber man mußte aufpassen, daß sie nicht entdeckt wurden, dann wurden sie beschlagnahmt. Ab 1977 wurde dann im Zuge der Verwirklichung der KSZE-Schlußakte und nach dem Beispiel anderer Ostblockländer ein begrenzter Verkauf von ausländischen Zeitungen und Zeitschriften in Devisenhotels der DDR, aber nur an Hotelgäste und gegen Devisen, zugelassen. Aus der Bundesrepublik waren das die Süddeutsche Zeitung, die FAZ, die Frankfurter Rundschau und der Tagesspiegel. Dann gab es außerdem noch illegale Bezugsmöglichkeiten für DDR-Bürger, die Hotelgäste kannten, Journalisten, Diplomaten.

Der Empfang von Westsendern war seit der Gründung der DDR strafbar. Das Weitergeben von Informationen aus westlichen Stationen wurde als Boykotthetze, Staatsverleumdung, staatsfeindliche Hetze und ähnliches bestraft. Gemeinschaftsempfang z. B. in Gaststätten war nach den gleichen Kriterien strafbar. Privater Empfang war aber schwer nachzuweisen, deshalb versuchte die SED ihn über auf Ostsender eingestellte Gemeinschaftsantennen einzudämmen. Nach dem Bau der Mauer gab es eine Zeit, wo die FDJ mit organisierten Rollkommandos nach Westen gerichtete Antennen von den Dächern riß, die sogenannten Ochsenkopfantennen, benannt nach dem westlichen Sender. Das alles hat nichts genutzt, die ganze Republik sah trotzdem Westfernsehen, und 1973, nach dem Grundlagenvertrag, paßte sich die SED-Führung dann der Realität an. Honecker hat in einer Rede auf einer ZK-Tagung im Mai 1973 so nebenbei gesagt: „Die westlichen Massenmedien, vor allem der Rundfunk und das Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland, die ja bei uns jeder nach Belieben ein- oder ausschalten kann..." Das war das Signal, der Empfang war zwar immer noch verboten, aber er wurde nicht mehr bestraft.

Im Westen hat es, das hat man bei uns weitgehend vergessen, glaube ich, lange Zeit auch Beschränkungen, sogar ein Verbot der Ostpresse gegeben. Als Antwort auf das Verbot des freien Vertriebs im Osten hat 1948 der westliche Zeitungshandel einen Boykott der Ostzeitungen veranstaltet. Es wurde nur noch ein ganz geringes Kontingent für Regierungsstellen und bestimmte Institutionen bezogen. Die Staatsschutzgesetzgebung der Bundesrepublik hat dann den Bezug genehmigungspflichtig gemacht. Einzelpersonen mußten nachweisen, daß sie das nur zu beruflichen und nicht subversiven Zwecken brauchten. Ich selbst habe für unsere Mitarbeiter, unsere Autoren, eine Menge solcher Bescheinigungen, also Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausgestellt, mit denen sie dann die Genehmigung bekommen haben. 1964 in einer Zeit der Lockerung in der DDR, auf die ich noch komme, haben sich dann die Bestimmungen gelockert. 1968 gab die große Koalition in Bonn den Bezug von Ostzeitungen befristet frei, und im April 1971 sind die Beschränkungen restlos gefallen. Daraufhin gab es zunächst einmal einen gestiegenen Bedarf an Ostzeitungen beim Zeitungsvertrieb, aber die DDR hat sich geweigert, ihre Kontingente zu erhöhen. Da konnte man spekulieren, warum eigentlich. Bei elektronischen Medien gab es im Westen nie eine Einschränkung.

Die Methoden der DDR-Berichterstattung über die Bundesrepublik sind sich in 40 Jahren im Grundsatz gleich geblieben. Aufgabe der Medien allgemein war nicht die möglichst umfassende Information, sondern sozialistische Bewußtseinsbildung nach den Vorgaben der Partei. Für die Westberichterstattung bedeutete das, sie hatte ein Bild vom Westen zu liefern, das der Imperialismustheorie des Marxismus-Leninismus nicht widersprach. Danach war Imperialismus monopolistischer, parasitärer oder faulender und absterbender Kapitalismus, sein letztes Stadium. Eine negative Darstellung der Bundesrepublik war also programmiert. Alle Informationen wurden ideologisch gefiltert, was nicht ins Schema paßte, wurde ausgeschieden. Die Ostberliner Heimatredaktionen schreckten anfangs auch vor glatten Fälschungen nicht zurück, wenn

eine Information aus Bonn nicht in die Linie paßte. 1950 schied deshalb eine ganze Mannschaft mit Ausnahme des Chefs aus der Bonner ADN-Redaktion aus. Die drei Jungjournalisten, alles Westdeutsche, legten der Bundespressekonferenz ihre Originale vor und dazu die veröffentlichten Meldungen aus Berlin, um zu beweisen, daß nicht sie, sondern die Zentralredaktion die Fälschung begangen hatte, denn sie sollten deshalb von der Bundespressekonferenz ausgeschlossen werden. Bis 1987, also bis zum Honeckerbesuch in Bonn, hatten nur ADN, Neues Deutschland und das DDR-Fernsehen Korrespondenten in Bonn. Sie konnten sich völlig frei in der Bundesrepublik bewegen. Das war ein großer Vorteil gegenüber den Westmedien, die bis 1964 total aus der DDR ausgesperrt waren und erst 1973 ständige Korrespondenten nach Ostberlin schicken konnten. In den 70er Jahren, in den Jahren des Beginns der Ostpolitik, änderte sich der Ton in der DDR-Presse, er wurde sachlicher und vor allem korrekt in den Bezeichnungen. Die wirtschaftlichen Erfolge wurden zur Kenntnis genommen, allerdings entsprechend kommentiert, aber immerhin wurden sie zur Kenntnis genommen, was lange Zeit nicht der Fall gewesen war.

Die Zeit zwischen 1949 und 1989 kann man unter dem Gesichtspunkt dieses Themas hier ganz grob in zwei Phasen einteilen, die Zeit vor der Mauer und die Zeit nach der Mauer, also die Hochzeit des Kalten Krieges und die Entspannungsjahre. Das Datum 13. August 1961 ist wie die meisten historischen Zäsuren ungenau. Es kam erst noch zu einer weit gefährlicheren Zuspitzung des internationalen Ost-West-Konflikts, der Kubakrise im Oktober 1962, bevor ein deutlicher Wandel in der internationalen Politik eintrat. Die beiden Supermächte mußten einsehen, daß sie mit einer Fortsetzung der militärischen Konfrontation die andere nicht in die Knie zwingen konnten. Angesichts der Gefahr der gegenseitigen atomaren Vernichtung leiteten Kennedy und Chruschtschow den Übergang zur Systemkonkurrenz mit friedlichen Mitteln ein, die dann schließlich auch die Beziehungen der beiden deutschen Staaten veränderte. Genaugenommen war der Kalte Krieg damals zwar nicht zu Ende, aber seine heiße Phase war abgeschlossen. Aber für Deutschland erscheint mir der Mauerbau als die politisch und psychologisch plausibelste und nachhaltigste Zäsur. Hier war es die Mauer und nicht die Kubakrise, die einen Bewußtseinswandel auslöste.

Zunächst zum Kalten Krieg. Er wurde nicht nur politisch und ökonomisch geführt, sondern auch mit Mitteln der Pression, der Infiltration, Konspiration und Subversion, vor allem aber mit den Mitteln der Propaganda. Die Propaganda gewann mit zunehmender Abschottung des sowjetischen Machtbereichs eine herausragende Bedeutung und mit ihr auch die Medien als wichtigstes Transportmittel. Anfangs waren es vor allem die Printmedien und der Hörfunk. In den 60er Jahren eroberte dann allmählich das Fernsehen den ersten Platz. Der Kalte Krieg war zu großen Teilen ein Medienkrieg, man denke nur an die Rolle, die der Rundfunk bei den Aufstandsbewegungen des 17. Juni in der DDR oder auch in Ungarn 1956 spielte. Jede Seite hatte ihre fremdsprachigen Informations- und Propagandastationen. Die östlichen Regime empfanden die

westlichen Sender als so gefährlich, daß sie sich jahrzehntelang kostspielige Störsender leisteten. Das Klima des Kalten Krieges prägte auch weiter Form und Stil der journalistischen Arbeit in beiden Teilen Deutschlands, jedenfalls was Ost-West-Fragen betraf. Die Zweilagertheorie, die Andrej Schdanow bei Gründung des Kominform 1947 als neue sowjetische Doktrin verkündete, traf den Kern der aktuellen Machtsituation, nämlich zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager, wenn man die ideologische Interpretation des Ostens hier einmal beiseite läßt. Jede Seite hatte ein fest formatiertes Feindbild, das als Folie für die Urteilsfindung diente. In der DDR-Propaganda verkörperte die Bundesrepublik die reaktionärsten deutschen Traditionen wie Militarismus, Imperialismus und Antikommunismus, sie war ein Hort alter Nazis, was u. a. mit einer jahrelangen Kampagne gegen Staatssekretär Globke untermauert wurde, der Staat der Hitlergeneräle, der Junker und Ostlandreiter. Die Adenauerregierung betrieb den nationalen Ausverkauf Deutschlands an die angloamerikanischen Monopole, die Westdeutschland wie eine Kolonie ausbeuteten und gegen das östliche Friedenslager aufrüsteten. Die westdeutsche Arbeiterklasse wurde zum nationalen Befreiungskampf aufgerufen, gegen die „Vasallenregierung in Bonn". Ein zweiter Hauptfeind war die SPD, die in das Lager der Reaktion desertiert war und deren Überreste in der DDR als feindliche Agenten entlarvt und bestraft werden mußten. Die nach Anlaufen des Marshallplans rasch anwachsende westdeutsche Wirtschaftskraft wurde ebenso ignoriert wie der allgemein steigende Lebensstandard und die in harten Auseinandersetzungen errungenen Sozialleistungen in Westdeutschland. Aufgehellt wurde dieses Szenario dann nur von linken Querdenkern in den Gewerkschaften und der SPD, die man in der DDR nie geduldet hätte, und sogenannten fortschrittlichen nationalen Kräften aus dem Bürgertum und der Friedensbewegung, die für ein neutrales Gesamtdeutschland zwischen den Blöcken eintraten. Sie waren Beispiele für nationalen Widerstand in der Bundesrepublik.

In den Medien der Bundesrepublik andererseits war die DDR eine sowjetrussische Kolonie, von Moskau ausgeplündert und mit Gewalt in ein fremdes Unterdrückungssystem gezwungen. Stichworte wie Terror, Geheimpolizei, Spitzelsystem, Flucht in die Freiheit charakterisierten das SED-Regime. Anhaltender Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern, verursacht durch die überzogenen Reparationsforderungen der Sowjets und das von Moskau übernommene Zentralplansystem, bestimmten den Lebensstandard. Die Vorstellung von den armen Brüdern und Schwestern in der Zone hielt sich auch dann noch hartnäckig, als die Verhältnisse sich längst gebessert hatten.

Im Wettbewerb der Medien zog die DDR fast immer den kürzeren. Das lag nicht nur an der hölzernen Sprache, der langweiligen Aufbereitung und den Holzhammermethoden, das lag vor allem an der Unglaubwürdigkeit der DDR-Propaganda. Die gleichgeschalteten DDR-Medien vergewaltigten die nachprüfbare Realität so offensichtlich, daß Ihnen nicht einmal dann geglaubt wurde, wenn sie die Wahrheit berichteten. In den Westmedien suchte eine große Mehrheit der DDR-Bürger nicht nur vorenthaltene Information, sondern auch ihre eigene Lebenswelt, ihre Probleme und Meinungen, die von den plurali-

stisch strukturierten, interessant gemachten Westmedien zutreffender beschrieben wurden als von den eigenen Medien. Die Wirksamkeit der ideologisch überfrachteten SED-Propaganda hingegen wurde in Bonn überschätzt. Die Erfahrungen von Millionen Heimatvertriebenen und DDR-Flüchtlingen mit dem Kommunismus wirkten nachhaltig immunisierend und stabilisierten zusammen mit dem Erfolg der sozialen Marktwirtschaft die antikommunistische Grundstimmung in Westdeutschland. Bis zur Mauer ähnelten sich die Feindbilder hüben und drüben in ihrer Eindimensionalität und Schwarzweißzeichnung. Jede Seite definierte die andere als ein der Fremdherrschaft unterworfenes Unterdrückungssystem mit einer relativ kleinen Führungsschicht und einer großen Masse von Unterdrückten. Auf beiden Seiten wurden die eigenen Feindbilder benutzt, um innenpolitische Kritiker zu diskriminieren oder zu kriminalisieren. Auf beiden Seiten grassierte die Furcht vor Agenten, Spionen und Saboteuren. Tatsächliche, aufgebauschte oder auch erfundene Beispiele für Sabotageakte in der DDR, kommunistische Unterwanderung in der Bundesrepublik bewiesen die Gefährlichkeit des jeweils anderen. Dabei geriet die menschliche Sphäre, der gewöhnliche Alltag abseits der Politik aus dem Blick. Veränderungen wurden nicht mehr wahrgenommen, das Differenzierungsvermögen schwand. Im Bewußtsein der Bevölkerung bildeten sich zwei Stereotypen heraus. DDR – gleich Unfreiheit und Armut, Bundesrepublik – gleich Freiheit und Wohlstand. Dieses Grundmuster ist ungemein widerstandsfähig geblieben, weil es natürlich einen wahren Kern hatte, aber es hat nach der Wende zu vielen falschen Erwartungen und Enttäuschungen geführt. Es ist da eigentlich erst noch einmal richtig wieder aufgelebt, z. B. in dem Glauben auf beiden Seiten, die Bundesrepublik könne überhaupt alles regeln und in kürzester Zeit im Osten den westdeutschen Lebensstandard herstellen.

Die Berliner Mauer brachte kräftig zu Bewußtsein, daß die Politik des Kalten Krieges festgefahren war. Der Prozess des Umdenkens kam in Gang angesichts der Pattsituation der Großmächte. Ein Strategiewechsel war nötig, und das hieß Verzicht auf unerreichbar gewordene Ziele zugunsten eines auf gemeinsamen Regeln fußenden Nebeneinander. Die 60er Jahre wurden damit zur Inkubationszeit der Entspannungspolitik, die schließlich zum Netz der Ostverträge führte. In dieser Zeit kam im Westen den Medien besondere Bedeutung zu. Hier wurde die von Präsident Kennedy nach der Kubakrise formulierte Strategie des Friedens diskutiert und überlegt, wie diese neue Konzeption in eine aktive deutsche Ostpolitik umgesetzt werden konnte. Die Medien trugen damit wesentlich zu einem Stimmungswandel in der Öffentlichkeit bei, der schließlich die widerstrebende Politik in Bewegung brachte. Im Zuge dieser Prozesse änderte sich allmählich auch das westdeutsche Bild vom anderen deutschen Staat, was eine wesentliche Voraussetzung für eine neue Politik war.

In der Tat hatte sich in der DDR in der ersten Hälfte der 60er Jahre eine Menge getan. Den entscheidenden Strategiewechsel von der deutschen Einheit zur Zweistaatentheorie hatte die Sowjetunion schon 1955 mit der Souveränitätserklärung für die DDR und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Bonn

vorbereitet. Für die DDR war damit das deutsche Provisorium beendet, sie wollte von nun an als mit der Bundesrepublik gleichberechtigter Staat anerkannt werden. Zunächst noch sah sie sich als innenpolitischen Gegner der Bundesrepublik, der im Bündnis mit der westdeutschen Arbeiterklasse eine Veränderung der Machtverhältnisse in Bonn anstrebte. Erst nach der Kubakrise wurde diese offensive Strategie weitgehend zurückgenommen. Die Bundesrepublik wurde vom innenpolitischen Feind zum außenpolitischen Gegner, dessen Politik bekämpft, dessen innere Ordnung aber nicht mehr aktiv in Frage gestellt wurde. Bonns deutschlandpolitische Forderungen und Prinzipien konnten nun als Einmischung in die innere Angelegenheit eines anderen Staates zurückgewiesen werden. Alleinvertretungsanmaßung, Revanchismus, Friedensgefährdung waren jetzt die Schlagworte, mit denen die SED die Bundesrepublik definierte. Mit diesem Kurs auf Zementierung der Zweistaatlichkeit setzte sich die SED zwar in Widerspruch zur Mehrheit der Bevölkerung, aber die Mauer zog einen Schlußstrich unter die Hoffnung auf Wiedervereinigung auf absehbare Zeit. Die Menschen mußten sich notgedrungen arrangieren und in dem ungeliebten Staat einrichten. Aber sie wollten nun, nachdem also die Bundesrepublik als Störfaktor keine Rechtfertigung mehr für die Mangelwirtschaft war, auch Ergebnisse ihrer Leistungen sehen. Und viele Intellektuelle der neuen Elite verbanden mit der Mauer die Erwartung, daß nun endlich mit dem Aufbau der überlegenen, freiheitlichen und schöpferischen Gesellschaft begonnen werde, die die sozialistische Utopie versprach. In diesem Klima startete 1963 das Reformprogramm des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS), das über den wirtschaftlichen Bereich hinaus die DDR-Gesellschaft modernisieren sollte. Die Ökonomen sollten sich am Weltniveau orientieren, gleich in welcher Himmelsrichtung es zu finden war. Das war im Kern die Absage an das sowjetische Wirtschaftsmodell, denn das Weltniveau war meistens Westniveau. Jeans und Beat waren plötzlich erlaubt, Schlager wie „Wovon träumst Du Isabell“ verrieten ein neues, sehr privates Lebensgefühl oder jedenfalls seine offizielle Akzeptanz. Die Medien prangerten Bevormundung und Gängelei der Jugend als Erziehung zur Heuchelei an, machten sich über Funktionäre mit bürokratischem Führungsstil lustig. Auch die Westmedien konnten nun Reisekorrespondenten in die DDR schicken. Die ersten waren die vier „Zeit“-Redakteure, darüber wurde ja hier schon gesprochen. Eine Annäherung besonderer Art ereignete sich im Fernsehen. Ulbricht erlaubte einem amerikanischen Fernsehjournalisten, ihn auf seinem traditionellen Rundgang auf der Rostocker Ostseewoche mit einer damals brandneuen Handkamera zu begleiten, die auch aus größerer Entfernung Originaltöne aufnehmen konnte. Mit dem amerikanischen Journalisten bestand eine geheime Abmachung über einen Fernsehfilm für den WDR, weil westdeutsche Anstalten in der DDR keine Drehgenehmigung erhielten. Beim Besuch des berühmten Rostocker Fischkochs sagte Ulbricht laut und deutlich in die Kamera, man solle dem Amerikaner vom WDR auch einen Fisch reichen. Er wußte über den Zweck dieser Drehreise also Bescheid und billigte sie.

Die Reisekorrespondenten fanden eine andere Landschaft vor als in den 50er Jahren. Die Menschen waren freier, selbstbewußter, normaler. Familie, Heim und Garten waren wichtig, die nächste Urlaubsreise. Sie waren stolz auf ihre wirtschaftlichen Leistungen, die unter so viel schwereren Bedingungen erbracht wurden als im Westen, sie waren stolz auf ihre Sportmannschaften, insbesondere auf die olympischen Erfolge der DDR. Über den Sport lief wahrscheinlich zuerst eine gewisse Identifikation mit dem Staat. Die staatlichen Sozialleistungen wurden, obwohl sie als selbstverständlich empfunden wurden, durchaus auch als Errungenschaften genommen. Insbesondere die obligate kostenlose Vorsorge im Gesundheitswesen wurde geschätzt, das wird sie übrigens heute noch. Die westlichen Bezeichnungen Zone oder Sowjetzone wurden immer weniger akzeptiert, immer mehr Menschen fühlten sich dadurch in ihrem Stolz verletzt. Von den westdeutschen Massenmedien wurde dieser Wandel erstaunt wahrgenommen. Die manchmal etwas naive Begeisterung für bestimmte Erscheinungen in der DDR zeigte vor allem, daß vorher große Unkenntnis geherrscht hatte. Man bemühte sich nun, einen anderen Ton zu finden, traditionelle Sendereihen, die hießen „Wir sprechen zur Zone“ oder „Diesseits und jenseits der Zonengrenze“, wurden in „Ost und West“ oder ähnlich umbenannt. Diese Zeit ging sehr abrupt zu Ende, als Chruschtschow stürzte, der das von der Sowjetunion aus gebilligt hatte. Das war sicherlich in seinem Interesse, denn das Ganze spielte im Vorfeld seines geplanten Bonn-Besuches, der dann nicht mehr stattfand. Aber das Klima hatte sich trotzdem gewandelt.

Die differenzierte Wahrnehmung der DDR hat im Westen ein gut Teil zur hohen Akzeptanz der sozialliberalen Koalition und der Ostpolitik beigetragen. Gleichzeitig verfestigte sich aber das Denken in Status-Quo-Kategorien. Wenn in der DDR das Leben allmählich leichter und besser wurde und andererseits keine Aussicht auf eine friedliche Veränderung der Machtverhältnisse im Osten bestand, dann brauchte man nicht mehr zu permanenten Anstrengungen zur Wiedervereinigung verpflichtet zu sein, sondern man konnte sich um die Sicherung und Vermehrung des in harter Arbeit erreichten Wohlstandes kümmern. In den DDR-Medien wurde diese Grundstimmung lange Zeit nicht wahrgenommen, sie schlugen weiter Abwehrschlachten gegen den westdeutschen Revanchismus und übersahen zunächst sogar, daß Kohl seine Amtszeit mit einer indirekten Absage an die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates einleitete. Als Folge der Vermittlung eines Milliardenkredites durch Strauss an die DDR nahmen die innerdeutschen Beziehungen dann aber bald einen ungeahnten Aufschwung. Die DDR bezahlte Wirtschaftshilfe mit politischen Konzessionen, insbesondere auf dem Gebiet des Reiseverkehrs. Heute wissen wir aus den Archiven, daß die Erfolgsgeschichte der deutsch-deutschen Beziehungen in den 80er Jahren schon im Zeichen des Verfalls stand. Der Wegfall der äußeren Existenzbedrohung setzte im Innern der DDR seit Jahrzehnten angestaute gesellschaftliche Widersprüche frei, an denen die DDR im Herbst 1989 zugrunde ging. Im Westen hatte man die Reformfähigkeit der DDR-Führung ebenso überschätzt wie die Anpassungsbereitschaft der Bevöl-

kerung, und das, obwohl die Informationsmöglichkeit des Westens in der DDR so gut war wie nie zuvor seit der Mauer. Kaum jemand konnte sich vorstellen, daß die Sowjetunion die DDR kampflos hergeben könnte.

Ich wollte noch etwas sagen zu den Westmedien, zu den westlichen Korrespondenten in der DDR, aber ich denke, das können wir vielleicht auch in der Diskussion nachtragen. Ich muß Schluß machen.

Gesprächsleiter Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Vielen Dank Frau Spittmann, ich muß leider immer ein bißchen, ich bitte dafür um Verständnis, auf die Uhr schauen, die Zeit läuft uns davon. Ihr Referat zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß Sie die Entwicklung des Medienbildes in beiden deutschen Staaten immer in den Kontext der politischen Entwicklung gestellt haben, was notwendigerweise Auswirkungen auf die jeweils wechselseitigen Wahrnehmungsmuster haben sollte. Ich denke, daß wir in der Diskussion darauf zurückkommen. Jetzt darf ich zunächst Herrn Dr. Busse bitten zu seinem Statement.

Dr. Peter Busse: "Erkenntnisse des MfS zur Westwahrnehmung in der Bevölkerung der DDR". Dieses Thema muß bei mir Stückwerk bleiben, ich bin erst vor drei Wochen aufgefordert worden, hier vorzutragen, aber ich will es trotzdem versuchen. Drei Punkte will ich behandeln: Erstens, Aufgaben des MfS zur Kanalisierung der Westwahrnehmung in der Bevölkerung; zweitens, Aussagekraft der Stimmungsberichte; und drittens, Feststellungen des MfS in Stimmungsberichten und anderen Mitteilungen.

Zu 1:

Die Westwahrnehmung berührte sicher ein politisches Schlüsselproblem des SED-Staates. Mit der Staatsgründung mußte die SED die gesamtdeutsche Orientierung der Bevölkerung abschwächen und dem kleineren deutschen Teilstaat eine eigene historisch-politische Legitimität verleihen. Die Legitimität der DDR sollten der Antifaschismusanspruch und der Aufbau des Sozialismus auf deutschem Boden ermöglichen. Doch schon der 17. Juni 1953 zeigte, daß die DDR die eigene Bevölkerung nicht hinreichend an sich binden konnte. Seit den 50er Jahren wurde der westdeutsche Staat neben seiner freiheitlichen Verfaßtheit insbesondere auch wegen seines wirtschaftlichen Aufstiegs für die Ostdeutschen attraktiv und immer attraktiver. Auch nach dem Mauerbau behielt der Westen seine Anziehungskraft. Nun waren es zunächst die Medien, Rundfunk, Fernsehen, die Besucher aus der Bundesrepublik und die Geschenkpakete, die eine sinnliche Wahrnehmung des Westens ermöglichten. Es begann ein Kampf gegen die „Feindsender", das wurde schon vorgetragen. Mit dem Beginn der Entspannungspolitik wollte die SED eine Verstärkung ihrer Abgrenzungspolitik, die Wahrnehmung des Westens durch die DDR-Bevölkerung in die Muster ihrer Klassenkampfideologie umlenken. Aber der Strom der westdeutschen Besucher, die ostdeutschen Reisenden in dringenden Familienangelegenheiten und vor allem die Rentner mit ihren Berichten aus der Bun-